

## Weitere Materialien

*Die nachfolgenden Unterlagen sind nicht unmittelbar Rechtsquelle für die Bundesrepublik Deutschland. Sie betreffen das Verhältnis der drei Besatzungsmächte zueinander und zur deutschen Bundesrepublik.*

### Abkommen über eine Drei-Mächte-Kontrolle\*)

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Vereinigten Staaten kommen überein, vor dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts ein Abkommen über die Verschmelzung der drei Zonen einzugehen. Die Vertreter der drei Besatzungsmächte werden die erforderlichen Einrichtungen treffen, um ein System der Drei-Mächte-Kontrolle für die westlichen Zonen Deutschlands zu schaffen, das mit Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung wirksam wird. Die folgenden Bestimmungen, die von den Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Vereinigten Staaten vereinbart worden sind, sollen die Grundlage dieser Einrichtungen bilden.

1. Höchstes alliiertes Kontrollorgan ist eine Alliierte Hohe Kommission, die aus je einem Hohen Kommissar der Besatzungsmächte oder seinem Vertreter besteht.

2. Art und Umfang der Kontrollmaßnahmen, die von der Alliierten Hohen Kommission ausgeübt werden, müssen mit dem Besatzungsstatut und den internationalen Vereinbarungen im Einklang stehen.

3. Um der Deutschen Bundesrepublik zu ermöglichen, in innerstaatlichen Angelegenheiten mit vermehrter Verantwortung tätig zu sein und um die Last der Besatzungskosten zu verringern, soll der Beamtenstab auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

4. Bei der Ausübung der den Besatzungsbehörden vorbehaltenen Befugnis, Abänderungen der Bundesverfassung zu genehmigen, bedürfen die Beschlüsse der Alliierten Hohen Kommission der Einstimmigkeit.

5. Soweit die Ausübung oder Nichtausübung der in Absatz 2 g) des Besatzungsstatuts vorbehaltenen Befugnisse den Bedarf an Hilfeleistungen aus den von der Regierung der Vereinigten Staaten bewilligten Mitteln vergrößern würde, findet ein Abstimmungssystem mit abgestuftem Stimmgewicht Anwendung. Nach diesem System haben die Vertreter der Besatzungsbehörden Stimmrecht gemäß dem Verhältnis der Beträge, die für Deutschland von ihren Regierungen zur Verfügung gestellt worden sind. Durch diese Bestimmung wird jedoch das gegenwärtige Übergewicht des Stimmrechts für die Vereinigten Staaten in der JEIA und der JFEA nicht verringert, solange diese Organisationen oder eine ihrer Nachfolge-Organisationen noch bestehen und mit der Durchführung irgend einer ihrer gegenwärtigen Aufgaben betraut sind. Keine hiernach getroffene Maßnahme darf einem Regierungsabkommen zwischen den unterzeichneten Mächten oder dem Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung zuwiderlaufen.

6. In allen anderen Fragen erfolgt die Entscheidung mit Stimmenmehrheit.

7. a) Wenn ein Mehrheitsbeschluss ein Regierungsabkommen ändert oder umgestaltet, das sich auf einen der in Absatz 2 a) und 2 b) des Besatzungsstatuts aufgeführten Gegenstände bezieht, kann jeder mit dem Beschluss nicht einverstehende Hohe Kommissar seine Regierung anrufen. Diese Anrufung bewirkt eine Aussetzung des Beschlusses, bis eine Einigung zwischen den drei Regierungen erzielt ist.

b) Wenn ein Hoher Kommissar der Ansicht ist, daß ein Mehrheitsbeschluss gegen ein Regierungsabkommen bezüglich einer der in Absatz 2 a) und 2 b) des Besatzungsstatuts aufgeführten Gegenstände oder gegen die fundamentalen Grundsätze für die Wahrnehmung der auswärtigen Beziehungen Deutschlands oder gegen Gesichtspunkte verstößt, die für die Sicherheit, das Ansehen und die Bedürfnisse der Besatzungsmächte von entscheidender Wichtigkeit sind, so kann er sich an seine Regierung wenden. Diese Anrufung bewirkt eine Aussetzung der Entscheidung für 30 Tage, sowie für weiterhin, falls nicht zwei Regierungen zum Ausdruck bringen, daß die Gründe eine weitere Aussetzung nicht rechtfertigen.

c) Wenn sich die Anrufung gegen eine Entscheidung der Alliierten Hohen Kommission richtet, durch die entweder abgelehnt wird, die Genehmigung zu einer deutschen gesetzgeberischen Maßnahme zu versagen, oder durch die beschlossen wird, diese Genehmigung zu versagen, so gilt die Genehmigung dieser gesetzgeberischen Maßnahme für die Zeit, während der die Anrufung schwebt, als einstweilen versagt.

8. Ein Hoher Kommissar kann seine Regierung anrufen, wenn er der Ansicht ist, daß ein nicht einstimmig gefaßter Beschluss über irgend einen anderen vom Besatzungsstatut vorbehaltenen Gegenstand mit den Grundsätzen der Drei-Mächte-Politik bezüglich Deutschland nicht im Einklang steht oder daß eine Länderverfassung oder eine Abänderung derselben das Grundgesetz verletzt. Eine Anrufung in solchem Fall bewirkt eine Aussetzung für die Dauer von längstens 21 Tagen, gerechnet vom Tag der Entscheidung ab, sofern nicht alle drei Regierungen etwas anderes vereinbaren.

Wenn sich die Anrufung gegen eine Entscheidung der Alliierten Hohen Kommission richtet, durch die entweder abgelehnt wird, die Genehmigung zu einer deutschen gesetzgeberischen Maßnahme zu versagen, oder durch die beschlossen wird, diese Genehmigung zu versagen, so gilt die Genehmigung dieser gesetzgeberischen Maßnahme für die Zeit während der die Anrufung schwebt, als einstweilen versagt.

\*) Nichtamtliche Übersetzung des Rechtsamtes der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

9. Alle Befugnisse der Alliierten Hohen Kommission sind in Übereinstimmung mit der Drei-Mächte-Politik und den Drei-Mächte-Anweisungen auszuüben. Zu diesem Zweck wird die Alliierte Hohe Kommission in jedem Land durch einen einzigen Landes-Kommissar vertreten, der in allen Drei-Mächte-Angelegenheiten ihr allein verantwortlich ist. In jedem Land soll der Landes-Kommissar ein Staatsangehöriger der Alliierten Macht sein, in deren Zone das betreffende Land liegt. Außerhalb seiner eigenen Besatzungszone entsendet jeder Hohe Kommissar zu jedem Landes-Kommissar einen Beobachter zum

Zwecke des Meinungs-austausches und der Unterrichtung. Keine Bestimmung dieses Absatzes ist dahin auszulegen, daß der Aufgabenkreis von Körperschaften beschränkt wird, die gemäß einem Regierungsabkommen gebildet worden sind.

10. Alle Anweisungen und sonstige Kontrollmaßnahmen sind soweit wie irgend möglich an die Bundesbehörden und/oder Länderbehörden zu richten.

11. Das Dreizonen-Verschmelzungs-Abkommen bleibt in Kraft bis es durch Regierungsabkommen geändert wird.

(Amtl. engl. Text)\*

### Agreement as to Tripartite Controls

The Government of the United Kingdom, France and the United States agree to enter into a trizonal fusion agreement prior to the entry into effect of the Occupation Statute. The representatives of the three occupying Powers will make the necessary arrangements to establish tripartite control machinery for the western zones of Germany, which will become effective at the time of the establishment of a provisional German government. The following provisions agreed by the Governments of the United Kingdom, France, and the United States shall form the basis of those arrangements:

1. An Allied High Commission composed of one High Commissioner of each occupying Power or his representative shall be the supreme Allied agency of control.

2. The nature and extent of controls exercised by the Allied High Commission shall be in harmony with the Occupation Statute and international agreements.

3. In order to permit the German Federal Republic to exercise increased responsibilities over domestic affairs and to reduce the burden of occupation costs, staff personnel shall be kept to a minimum.

4. In the exercise of the powers reserved to the Occupation Authorities to approve amendments to the Federal Constitution, the decisions of the Allied High Commission shall require unanimous agreement.

5. In cases in which the exercise of, or failure to exercise, the powers reserved under Paragraph 2 (g) of the Occupation Statute would increase the need for assistance from United States Government appropriated funds, there shall be a system of weighted voting. Under such system the representatives of the Occupation Authorities will have a voting strength proportionate to the funds made available to Germany by their respective Governments. This provision shall not, however, reduce the present United States predominant voice in Joint Export-Import Agency and Joint Foreign Exchange Agency while these organisations or any successor organisation to them, continue in existence and are charged with the performance of any of their present functions. No action taken hereunder shall be contrary to any inter-governmental agreement among the signatories or to the principles of non-discrimination.

6. On all other matters action shall be by majority vote.

(Amtl. franz. Text)\*

### Accord Concernant les Contrôles Tripartites

Les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis conviennent de conclure un accord de fusion trizonale préalablement à l'entrée en vigueur du statut d'occupation. Les représentants des trois puissances occupantes feront les arrangements nécessaires pour établir un système de contrôle tripartite pour les zones occidentales d'Allemagne. Ce système entrera en application au moment de l'établissement d'un Gouvernement provisoire allemand. Les dispositions suivantes dont sont convenus les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis constitueront la base de ces arrangements:

1. Une Haute Commission Alliée, composée d'un Haut-Commissaire de chacune des puissances occupantes et de son représentant, sera l'organe suprême allié de contrôle.

2. La nature et l'étendue des contrôles exercés par la Haute-Commission Alliée seront en harmonie avec le statut d'occupation et les accords internationaux.

3. Afin de permettre à la République fédérale allemande d'assumer des responsabilités accrues dans la gestion de ses affaires intérieures et afin de réduire la charge des frais d'occupation, le personnel administratif sera réduit au minimum.

4. Dans l'exercice du droit réservé aux autorités d'occupation d'approuver les amendements à la Constitution fédérale, les décisions de la Haute Commission Alliée devront être prises à l'unanimité.

5. Dans les cas où l'usage ou l'impossibilité d'user des pouvoirs réservés au terme du paragraphe 2 g) du statut d'occupation accroîtrait le besoin d'aide par les fonds en provenance du Gouvernement des Etats-Unis, un système de vote pondéré sera appliqué. Par ce système, les représentants des autorités d'occupation auront un droit de vote proportionnel aux sommes mises à la disposition de l'Allemagne par leurs Gouvernements respectifs. La présente disposition, toutefois, ne diminuera pas la voix prédominante actuelle des Etats-Unis au sein de la J. E. I. A. et de la J. F. E. A. aussi longtemps que ces organismes, ou tout organisme qui leur succédera, continueront d'exister et seront chargés de l'exercice de l'une quelconque de leurs fonctions actuelles. Aucune décision prise en vertu de ce système ne pourra être contraire à un accord intergouvernemental conclu entre les signataires ou aux principes de non-discrimination.

6. Pour toute autre question, les décisions seront prises à la majorité.

\* Der hier abgedruckte engl. und franz. Wortlaut ist einem vom Rechtsamt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übermittelten Text entnommen, wobei offensichtliche Unrichtigkeiten berichtigt wurden.

7. a) If a majority decision alters or modifies any intergovernmental agreement which relates to any of the subjects listed in Paragraph 2 a) and 2 b) of the Occupation Statute, any dissenting High Commissioner may appeal to his Government. This appeal shall serve to suspend the decision pending agreement between the three Governments.

b) If a High Commissioner considers that a majority decision conflicts with any intergovernmental agreement which relates to any of the subjects in paragraph 2 a) and 2 b) of the Occupation Statute or with the fundamental principles for the conduct of Germany's external relations or with matters essential to the security, prestige, and requirements of the occupying forces, he may appeal to his Government. Such an appeal shall serve to suspend action for 30 days, and thereafter unless two of the Governments indicate that the grounds do not justify further suspension.

c) If such appeal is from an action of the Allied High Commission either declining to disapprove or deciding to disapprove German legislation, such legislation shall be provisionally disapproved for the duration of the appeal period.

8. A High Commissioner who considers that a decision made by less than unanimous vote involving any other matter reserved by the Occupation Statute is not in conformity with basic tripartite policies regarding Germany or that a Land constitution, or an amendment thereto, violates the Basic Law, may appeal to his Government. An appeal in this case shall serve to suspend action for a period not to exceed 21 days from the date of the decision unless all three Government agree otherwise.

If such appeal is from an action of the Allied High Commission, either declining to disapprove or deciding to disapprove German legislation, such legislation shall be provisionally disapproved for the duration of the appeal period.

9. All powers of the Allied High Commission shall be uniformly exercised in accordance with tripartite policies and directives. To this end in each Land the Allied High Commission shall be represented by a single Land commissioner who shall be solely responsible to it for all tripartite affairs. In each Land the Land commissioner shall be a national of the Allied Power in whose zone the Land is situated. Outside his own zone each High Commissioner will delegate an observer to each of the Land commissioners for purpose of consultation and information. Nothing in this paragraph shall be construed to limit the functions of bodies established pursuant to inter-governmental agreement.

10. To the greatest extent possible, all directives and other instruments of control shall be addressed to the Federal and/or Land authorities.

11. The Trizonal Fusion Agreement will continue in force until altered by agreement among the Governments.

7. a) Si une décision prise à la majorité altère ou modifie quelque accord inter-gouvernemental, ayant trait à l'un quelconque des sujets énumérés aux paragraphes 2a) et 2b) du statut d'occupation, tout Haut-Commissaire qui serait d'un avis contraire pourrait en appeler à son Gouvernement. Cet appel aura pour effet de suspendre la décision jusqu'à ce qu'intervienne un accord entre les trois Gouvernements.

b) Si un Haut-Commissaire considère qu'une décision prise à la majorité est en contradiction avec quelque accord inter-gouvernemental ayant trait à l'un quelconque des sujets énumérés aux paragraphes 2a) et 2b) du statut d'occupation ou avec les principes fondamentaux touchant la conduite des relations extérieures de l'Allemagne ou avec des questions qui sont essentielles pour la sécurité, le prestige et les besoins des forces d'occupation il pourra en appeler à son Gouvernement. Un tel appel aura pour effet de suspendre toute action pendant trente jours et au delà, à moins que deux des Gouvernements ne fassent savoir que les motifs ne justifient pas une plus longue suspension.

c) Si un tel appel est formulé à propos d'une action de la Haute-Commission Alliée, soit refusant de désapprouver, soit décidant de désapprouver une mesure législative allemande, ladite mesure sera provisoirement désapprouvée pour la durée de la période d'appel.

8. Un Haut-Commissaire qui considère qu'une décision prise par un vote qui ne serait pas unanime et touchant tout autre domaine réservé par le statut d'occupation occidental, n'est pas conforme à la politique fondamentale tripartite relative à l'Allemagne ou qu'une Constitution, de Land ou les amendements à une telle Constitution viole la Loi fondamentale, pourra en appeler à son Gouvernement. Un appel dans ce cas aura une action suspensive pendant un délai qui n'exédera pas vingt-et-un jours à compter de la date de la décision à moins que les trois Gouvernements n'en conviennent autrement.

Si un tel appel est relatif à une décision de la Haute-Commission alliée, soit refusant de désapprouver, soit décidant de désapprouver une mesure Législative allemande, une telle mesure sera provisoirement désapprouvée pour la durée de la période d'appel.

9. Tous les pouvoirs de la Haute-Commission Alliée seront uniformément exercés conformément à la politique et aux directives tripartites. A cette fin, dans chaque Land, la Haute-Commission Alliée sera représentée par un seul Commissaire de Land qui ne sera responsable qu'envers elle pour toutes les affaires tripartites. Dans chaque Land, le Commissaire de Land sera ressortissant de la puissance alliée dans la zone de laquelle le Land est situé. En dehors de sa propre zone, chaque Haut-Commissaire délèguera un observateur auprès de chacun des Commissaires de Land aux fins de consultations et d'informations. Rien dans ce paragraphe ne sera interprété comme limitant des fonctions des organes établis en application d'un accord inter-gouvernemental.

10. Dans toute la mesure du possible, toutes les directives et tous les autres documents du contrôle seront adressés aux autorités fédérales et aux autorités des Länder.

11. L'accord de fusion trizonale restera en vigueur tant qu'il ne sera pas modifié par un accord entre les Gouvernements.